

Zusammen bauen



Infrastruktur. Straßen, Schienen und Schulen in Deutschland sind teilweise in einem desolaten Zustand, eine umfangreiche Modernisierung der Infrastruktur tut not. Dabei geht es auch darum, Bauprojekte künftig schneller und effizienter abzuwickeln. Vor allem bei großen Vorhaben kann dies mit öffentlich-privaten Partnerschaften gelingen. Im iwd-Interview erklärt IW-Experte Thomas Puls, was diese Form der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und privaten Unternehmen auszeichnet und welche Voraussetzungen für ihren Einsatz erfüllt sein müssen. —> [Seiten 2-5](#)

Unternehmensteuern

In Deutschland belastet der Staat die Wirtschaft deutlich stärker mit Steuern und Abgaben, als es in den meisten anderen Industrieländern der Fall ist.

—> [Seiten 12-13](#)

Gesellschaft

Wenn sich Unternehmen wirksam für die liberale Demokratie in Deutschland engagieren wollen, brauchen sie eine konsistente Kommunikationsstrategie.

—> [Seiten 14-15](#)

Staat plus Privat

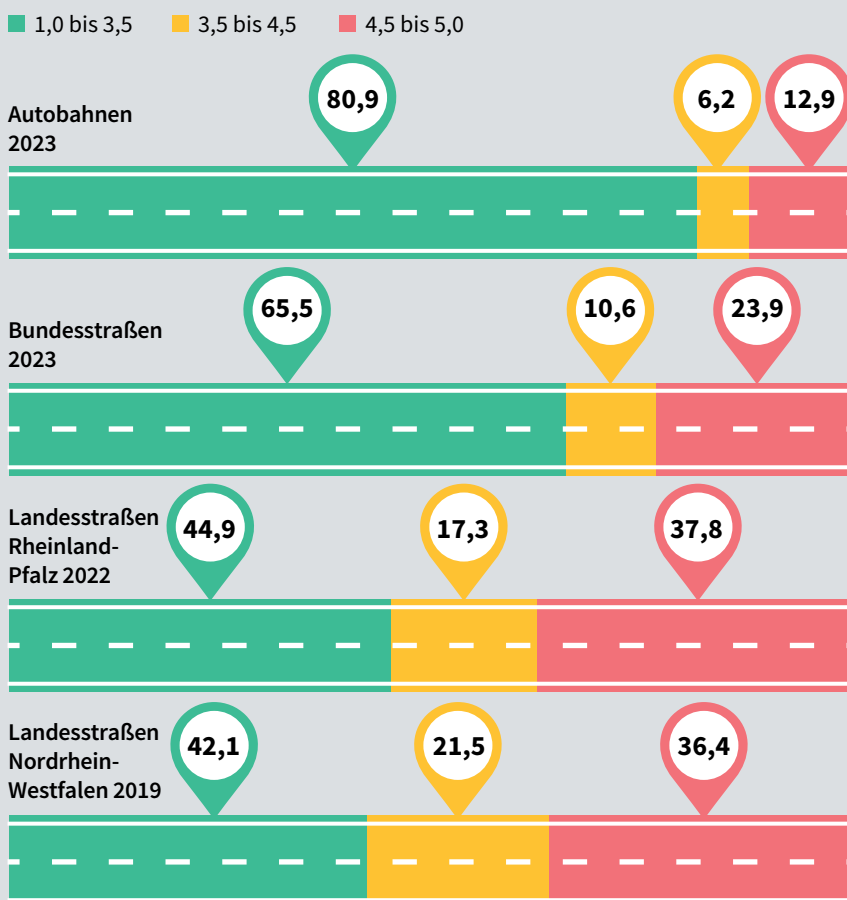


Infrastruktur. Um Verkehrswege und andere öffentliche Einrichtungen zu sanieren und auszubauen, sollten Bund, Länder und Gemeinden verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften setzen. Mit ihnen lassen sich große Investitionsprojekte in der Regel zeit- und kosteneffizienter realisieren.

Vor allem Landstraßen in kritischem Zustand

Die Zustandserfassung und -bewertung des Straßennetzes in Deutschland vergibt für den Zustand der Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen im Vierjahresturnus Noten von 1 bis 5. Wird ein Streckenabschnitt schlechter als mit 3,5 bewertet, sollte mit der Planung einer Erhaltungsmaßnahme begonnen werden. Ist die Zustandsbewertung schlechter als 4,5, sind verkehrsbeschränkende und/oder bauliche Sanierungsmaßnahmen nötig.

So viel Prozent der Fahrbahnkilometer erhielten diese Zustandsnote



Für Kreis- und Gemeindestraßen gibt es keine regelmäßigen Zustandserhebungen
 Autobahnen und Bundesstraßen: Erhaltungsbedarfsprognose
 Landesstraßen: Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind hier als Beispiele aufgeführt
 Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Heller Ingenieurgesellschaft (2021, 2023)
 © 2026 IW Medien / iwd

iwd

Moderne Schulen, gepflegte Straßen, schnelle und pünktliche Züge – so stellt man sich die Infrastruktur in einem reichen Land wie Deutschland vor. Leider ist an vielen Stellen das Gegenteil der Fall, wie etwa beim Straßennetz (Grafik):

Den jüngsten Daten zufolge sind knapp ein Fünftel aller Autobahnkilometer und mehr als ein Drittel des Bundesstraßennetzes in einem sanierungsbedürftigen oder kritischen Zustand.

Noch schlechter steht es um die Landesstraßen – in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beispielsweise wurde zuletzt deutlich mehr als die Hälfte der Fahrbahnkilometer schlechter als mit der Note befriedigend bewertet.

Zur Verfassung der kommunalen Straßennetze gibt es leider ebenso wenige Daten wie zum Zustand der Infrastruktur der Städte und Gemeinden insgesamt. Gleichwohl sind die Mängel und Schäden gerade auf kommunaler Ebene unübersehbar. Dazu passt, dass die Kommunen in den vergangenen Jahren oft deutlich weniger investiert als Abschreibungen vorgenommen haben. In einigen Jahren – etwa von 2015 bis 2017 – beliefen sich diese negativen Nettoanlageinvestitionen jährlich auf weit mehr als 5 Milliarden Euro.

Damit ist in den Städten und Gemeinden ein enormer Investitions-

rückstand aufgelaufen. Der Befund mit den Daten für 2024 (Grafik):

Insgesamt müssten die Kommunen hierzulande fast 216 Milliarden Euro investieren, um ihre Infrastruktur qualitativ und quantitativ wieder in einen angemessenen Zustand zu versetzen.

Allein um die Schulen zu sanieren oder bedarfsgerecht neu zu bauen, bräuchte es knapp 68 Milliarden Euro. Für die notwendigen Maßnahmen im Straßennetz fehlten zuletzt mehr als 53 Milliarden Euro.

Nun könnte man meinen, dass das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität mit seinem Volumen von 500 Milliarden Euro groß genug ist, um die Bildungs-, Verkehrs- und Energieinfrastruktur auf Vordermann zu bringen. Doch zumindest 2025 wurden die verfügbaren Mittel nur zu einem kleinen Teil wirklich für zusätzliche Investitionen genutzt (siehe Seite 7).

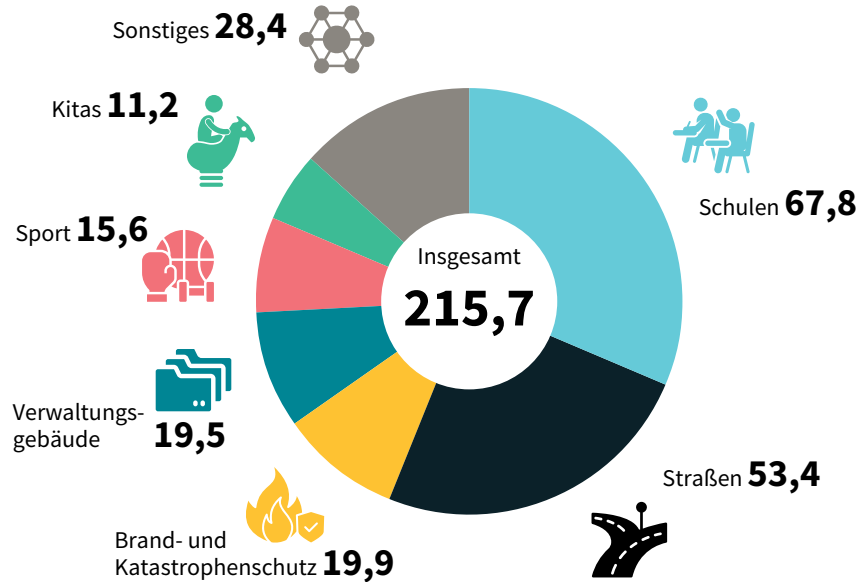
Selbst mit genug Geld bliebe allerdings das Problem, dass vor allem große Bauvorhaben in Deutschland zeitlich und finanziell häufig aus dem Ruder laufen – der Flughafen Berlin-Brandenburg und der Bahnhof Stuttgart 21 gehören zu den prominentesten Beispielen.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen der Preis die zentrale Rolle spielt. Zudem fehlt oft der Fokus auf den Lebenszyklus der betreffenden Infrastruktur – sprich: Es wird möglichst billig gebaut, um den aktuellen Haushalt zu entlasten. Spätere Wartungs- und Instandhaltungskosten bleiben außen vor.

Als Alternative bieten sich – vor allem für größere Bauvorhaben – öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) an. Dabei übernimmt ein privater Dienstleister die Finanzierung, Bauablaufplanung, Bewirtschaftung und das Instandhaltungsmanagement eines Projekts und

Kommunen im Investitionsrückstand

So viele Milliarden Euro fehlten den Kommunen in Deutschland 2024, um ihre Infrastruktur in diesen Bereichen qualitativ und quantitativ wieder in einen adäquaten Zustand zu versetzen



Sonstiges: u. a. Wasserversorgung, Kultur, Gesundheit
 Quelle: KfW Research
 © 2026 IW Medien / iwd



erhält dafür vom Staat über die vereinbarte Laufzeit eine regelmäßige Vergütung. Zudem wird der private Betreiber oft verpflichtet, das betreffende Objekt am Ende in einem vorab definierten baulichen Zustand an den Staat zu übergeben. Damit wird es für den Investor wirtschaftlich, von vornherein den gesamten Lebenszyklus des Bauprojekts einzukalkulieren.

In Deutschland wurden allerdings in letzter Zeit kaum noch Bauvorhaben in Form einer ÖPP vergeben. Das überrascht, da Studien zeigen, dass ÖPP gegenüber konventionellen öffentlichen Infrastrukturprojekten in Sachen Kosten- und Termintreue deutlich besser abschneiden.

Ein Beispiel hierfür liefert eine umfassende Analyse von Projekten im kommunalen Hochbau – wobei der Schulbau im Mittelpunkt stand:

Bei den ÖPP-Projekten waren die Baukosten bis zur Fertigstellung im Durchschnitt 17 Prozent niedriger als bei solchen, die der Staat auf konventionellem Weg abwickelte.

Die Bauzeit fiel bei den ÖPP-Projekten im Mittel um 30 Prozent kürzer aus. Und wenn man auf den gesamten Lebenszyklus schaut, waren die mittels ÖPP gebauten und betriebenen Schulgebäude am Ende sogar um 35 Prozent günstiger. Denn bei den vom Staat in Eigenregie errichteten Gebäuden kamen Wartung und regelmäßige Instandsetzung oft zu kurz, sodass am Ende umso teurere Reparaturen nötig wurden.

Gutachten

Markus Demary, Thomas Puls, Thilo Schaefer: Mehr Pragmatismus wagen – Private Beteiligungen an öffentlichen Infrastrukturprojekten

Interview. Mittels öffentlich-privater Partnerschaften kann der Staat große Bauvorhaben umsetzen. Im iwd-Interview erklärt **Thomas Puls**, Senior Economist für Verkehr und Infrastruktur im IW, welche Vorteile die Methode hat und wo sie an Grenzen stößt.



„Als würde man eine Hausverwaltung einstellen“

In Ihrem Gutachten werden öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als oftmals bessere Alternative zur konventionellen Abwicklung von Bauprojekten durch den Staat beschrieben. Was macht ÖPP attraktiv?

Der Vorteil liegt darin, dass in Lebenszyklen gedacht wird. Ganz konkret: Wenn ich ein langlebiges Bauprojekt wie eine Autobahn oder eine Brücke plane, kann ich im Rahmen von ÖPP einen Vertrag über 20 oder 30 Jahre schließen. Dadurch kann das beauftragte Unternehmen seine Kosten über diesen Zeitraum optimieren. Bei der herkömmlichen Finanzierung über jährliche Haushalte funktioniert das nicht. Auch für den Staat haben ÖPP Vorteile, er kann sicher sein, dass die betroffene Infrastruktur langfristig in gutem Zustand ist.

Zudem deuten alle vorliegenden Daten darauf hin, dass bei ÖPP effizienter gebaut wird, der eigentliche Bau also billiger ausfällt, und dass die Termintreue sehr hoch ist. ÖPP werden in der Regel zum geplanten Termin oder leicht früher

fertiggestellt. Die teils jahrzehntelangen Verzögerungen großer öffentlicher Bauvorhaben gibt es hier nicht.

Wieso geht man bei rein staatlichen Projekten nicht denselben Weg?

Für die öffentliche Hand ist es sehr attraktiv, keine Instandhaltungen durchzuführen, da so für den laufenden Haushalt Geld eingespart wird. Die Kosten treten aber natürlich später in Form von Sanierungen geballt auf.

Außerdem gilt: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments und wenn ich im Haushalt Mittel über 30 Jahre binde, dann binde ich das Parlament und damit den demokratischen Prozess. Die Behörden haben daher Probleme, langlebige Projekte in ihren Planungen abzubilden. Sie schauen auf die kurze Frist.

ÖPP ermöglichen es der öffentlichen Hand darüber hinaus, zu bauen, auch wenn gerade kein Geld da ist, weil sich die Zahlungen je nach Finanzierungsmodell über viele Jahre strecken lassen.

Trotzdem kommt die Vergabeform der ÖPP hierzulande deutlich seltener zum Einsatz als im europäischen Ausland – in letzter Zeit sogar fast gar nicht mehr. Warum ist das so?

Wir haben in Deutschland eine extrem aufgeladene Stimmung gegen ÖPP. Im Vereinigten Königreich waren ÖPP zum Beispiel lange sehr populär, inzwischen gibt es aber auch dort sehr viel weniger davon.

Es gibt derzeit auch ein praktisches Problem: die stark gestiegenen Baupreise. Im Straßenbau verzeichnen wir seit dem Jahr 2015 eine Kostensteigerung von 79 Prozent. Wenn solche Preisschwankungen nicht im Vertrag abgebildet sind, kann es sein, dass der private Vertragspartner bei starken Preissteigerungen insolvent wird. Die Infrastruktur fällt in so einem Szenario zurück an den Bund. Je volatilere die Preise sind, desto höher sind die Risiken für Bieter bei ÖPP-Ausschreibungen. Und wir müssen damit rechnen, dass die Baupreise im Zuge des Irakkriegs noch weiter steigen, was es für Bieter unattraktiver



macht, sich über einen langen Zeitraum an ein Projekt mit fixer Vergütung zu binden.

Das Umfeld ist also gerade ungünstig, das erklärt auch, warum ÖPP in den vergangenen Jahren rückläufig waren.

Auch viele Bürger sehen es kritisch, wenn öffentliche Infrastruktur in private Hände gegeben wird. Was entgegnet Sie den Skeptikern?

ÖPP bedeuten nicht, dass man – wie in der Öffentlichkeit bisweilen suggeriert – das Tafelsilber verscherbelt. Der Eigentümer der Infrastruktur bleibt immer der Staat. Im Grunde ist es so, als würde man eine Hausverwaltung beauftragen: Ein Unternehmen erhält den Auftrag, zum Beispiel einen Verkehrsweg auszubauen und anschließend für 30 Jahre in Schuss zu halten.

Warum bauen wir in Deutschland dann nicht verstärkt auf diese Weise?

ÖPP sind kein Allheilmittel. Die Masse der öffentlichen Vergaben von Bauprojekten ist nicht dafür geeignet. ÖPP taugen nur für die großen

Projekte, weil der Vergabeprozess bei ÖPP deutlich komplizierter ist und er sich erst ab einer bestimmten Größe lohnt. Prinzipiell gilt: je größer und komplexer ein Projekt, umso interessanter ist es für ÖPP.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Planung seitens der Behörde. Die Verträge müssen sinnvoll gestaltet werden und da spielt Erfahrung eine große Rolle. Wenn eine Kommune einmalig versucht, eine ÖPP umzusetzen, geht das meistens schief. Damit die Kommunen so etwas effektiv nutzen können, braucht es Kompetenzzentren mit erfahrenen Mitarbeitern. Vielleicht können sich verschiedene Kommunen auch zusammenschließen. Trotzdem: Das typische kommunale Projekt wird zu klein sein. Ein kleines Rathaus im Rahmen einer ÖPP zu sanieren, ist in der Regel nicht sinnvoll.

Welche Lehren lassen sich aus der Vergangenheit für den Einsatz von ÖPP ziehen?

Die Datenlage über die öffentliche Vergabe und die öffentlichen Bauprojekte in Deutschland ist – das muss man so klar sagen – miserabel.

Abgesehen von desaströsen Projekten wie dem Flughafen Berlin-Brandenburg, Stugart 21 oder der Kölner Oper mit gewaltigen Überschreitungen des Kosten- und Terminrahmens wird da viel zu wenig öffentlich. Wir wissen, dass Mittel aus dem Haushalt abgerufen werden, aber ob sie auch da eingesetzt werden, wo etwas repariert werden muss, können wir nicht nachvollziehen.

Wir wissen dementsprechend erschreckend wenig darüber, wie der Staat baut, wie lange er braucht oder wie die Kosten- und Termintreue ist. Da das die großen Vorteile von ÖPP sind, kann man auch sehr schlecht beurteilen, inwieweit ÖPP generell besser sind.

Immerhin gibt der Bund alle vier Jahre einen Bericht über seine ÖPP heraus. Darin zeigt sich wie eingangs erwähnt eine hohe Kostentreue. Zudem waren alle Bauprozesse zuletzt vor Termin fertig – manchmal wenige Tage, manchmal mehrere Monate. Auch bei den Kosten sehen wir bei den neueren Projekten höchstens 3 bis 4 Prozent Kostenüberschreitung. Das klingt erst mal sehr gut. Die Zufriedenheit der beteiligten Behörden mit ÖPP ist dem Bericht zufolge ebenfalls ziemlich hoch.

Ein weiterer Pluspunkt sind die Aufwendungen für die Instandhaltung. Weil die Verträge über Jahrzehnte laufen, bauen die Unternehmen in der Regel auch in höherer Qualität, um den Sanierungsbedarf gering zu halten.

Also spricht eigentlich alles für dieses Finanzierungsmodell?

Unterm Strich lässt sich festhalten, dass ÖPP eine sinnvolle Ergänzung im staatlichen Bauen sind. Wenn ich Projekte habe, die über die Fähigkeiten einer Behörde hinausgehen, sind sie prädestiniert für diese Form der Zusammenarbeit. Aber es muss am Ende eben immer für beide Seiten passen.

Im Job angekommen

Zuwanderung. In Deutschland lebende Iraner und der Arbeitsmarkt – das passt oft. Die Menschen aus dem Land am Persischen Golf sind im Schnitt häufiger sozialversicherungspflichtig beschäftigt als andere Ausländer. Außerdem arbeiten sie überdurchschnittlich oft in Jobs, für die ein Ausbildungs- oder Studienabschluss nötig ist.

Ein Sturz des Mullah-Regimes im Iran könnte die Zukunftspläne vieler in Deutschland lebender Iraner ändern und sie zu einer Rückkehr in ihre Heimat bewegen. Genauso ist aber auch ein verstärkter Zuzug aus dem Iran in die Bundesrepublik denkbar, sollte sich der Iran nachhaltig destabilisieren. Solche Entwicklungen waren bereits in den Nachbarstaaten Irak und Afghanistan zu beobachten.

Bislang ist die Gruppe der Iraner in Deutschland überschaubar. Ende 2024 lebten laut Statistischem Bundesamt etwa 162.000 Menschen in Deutschland, die ausschließlich die iranische Staatsbürgerschaft hatten.

Die meisten von ihnen sind erst in den vergangenen zehn Jahren in die Bundesrepublik gekommen.

Auf dem hiesigen Arbeitsmarkt haben sie in dieser Zeit sehr gut Fuß gefasst (Grafik):

Knapp 59 Prozent der in Deutschland lebenden Iraner im erwerbsfähigen Alter gingen im Juli 2025 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.

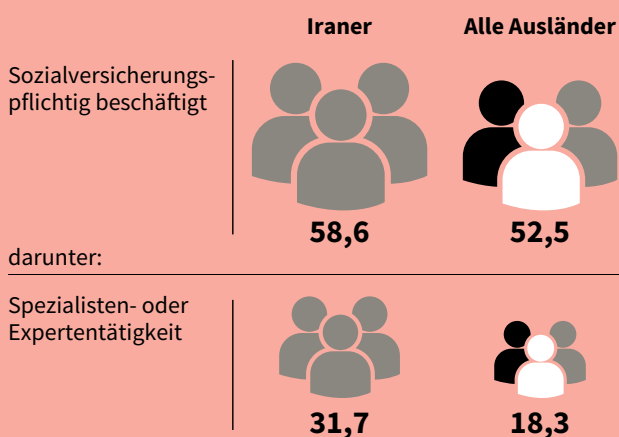
Damit lag ihre Erwerbstätigkeit deutlich über dem Schnitt aller Ausländer in Deutschland, die auf einen Wert von knapp 53 Prozent kamen.

Auch beim Qualifikationsniveau ragen die Iraner heraus. Gut 73 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Iraner waren als Fachkraft angestellt, für diese Berufe ist in der Regel ein beruflicher oder Hochschulabschluss nötig. In der Gruppe der Ausländer insgesamt lag der Wert knapp unter 63 Prozent. Experten- und Spezialistentätigkeiten, für die ein Studium oder eine Fortbildung zum Meister, Techniker oder ein ähnlicher Abschluss Voraussetzung ist, übten knapp 32 Prozent der berufstätigen Iraner in Deutschland aus. Unter allen Ausländern in sozialversicherungspflichtigen Jobs waren es nur gut 18 Prozent.

Besonders stark vertreten sind die Iraner im Gesundheitswesen. Auch im Bereich Erziehung und Unterricht arbeiten anteilig mehr Iraner, als es unter allen Ausländern der Fall ist. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben dabei auch iranische Frauen gute Chancen, sie stellen 41 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Iraner.

Iraner gut in den Arbeitsmarkt integriert

In Deutschland im Jahr 2025 in Prozent



Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren
Spezialisten- oder Expertentätigkeit:
mit akademischen Abschluss, Meister- oder Technikertitel
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 19/2026

Wido Geis-Thöne: Iranerinnen und Iraner sind gut am deutschen Arbeitsmarkt integriert

Am Ziel vorbei

Staatshaushalt. Mithilfe eines Sondervermögens, das das Bundeskabinett vergangenen Juni beschlossen hat, wollte Deutschland die Transformation schaffen. Doch eine IW-Auswertung zeigt: Ein Großteil der Mittel wurde 2025 – anders als von der Bundesregierung versprochen – nicht zusätzlich investiert. Zudem wurden weniger Investitionen getätigt als veranschlagt.

Investitionsstau auflösen, Infrastruktur modernisieren, Klimaschutz vorantreiben – große Versprechungen standen und stehen hinter dem 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK), mit dem die Bundesregierung Deutschland nach vorn bringen will. Doch die Bilanz für 2025 fällt ernüchternd aus, wie eine IW-Auswertung zeigt:

Die Bundesregierung hat 2025 rund 86 Prozent der Mittel aus dem Sondervermögen nicht für zusätzliche Investitionen verwendet.

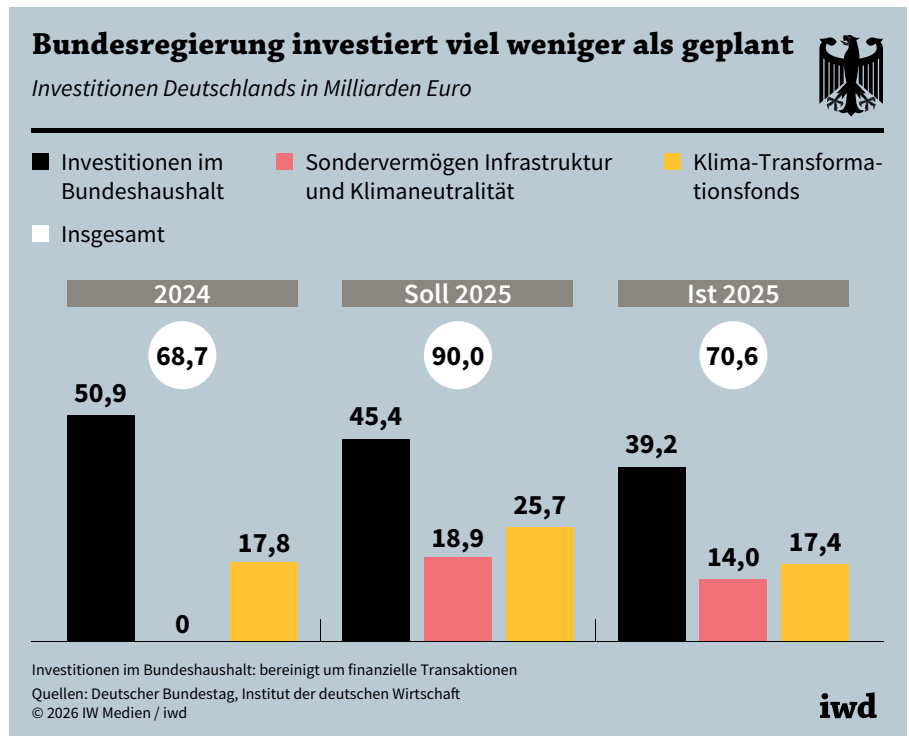
So wurden etwa 12 Milliarden Euro aus dem SVIK genutzt, um Ausgaben zu decken, die zuvor aus dem Kernhaushalt finanziert wurden.

Auch die Gesamtbilanz der Investitionen ist ernüchternd (Grafik):

Die tatsächlichen Investitionsausgaben des Bundes einschließlich des SVIK beliefen sich im Jahr 2025 auf rund 71 Milliarden Euro. Der nominale Anstieg gegenüber 2024 lag damit bei gerade einmal 2 Milliarden Euro.

Geplant hatte der Bund mit einem Volumen von 90 Milliarden Euro. Sowohl im Kernhaushalt als auch beim Sondervermögen verfehlte die Bundesregierung ihre eigenen Vorgaben.

Und auch ein weiterer Faktor ist beunruhigend: Um das SVIK nutzen



zu dürfen, müssen im regulären Haushalt Investitionen in Höhe von mindestens 10 Prozent des Gesamtbudgets veranschlagt sein. Das Ziel erreichte die Regierung in der Haushaltsplanung gerade so. Die tatsächliche Quote lag 2025 aber nur bei 8,7 Prozent. Zum Vergleich: 2024 kam der Bund auf eine Investitionsquote von rund 11 Prozent. Konsequenzen hat das keine, denn die Vorgaben im Gesetzestext für das Verwenden der Milliarden aus dem Sondervermögen beziehen sich lediglich auf die geplanten Investitio-

nen. Es fehlt somit ein wirksamer Kontrollmechanismus.

Die Regierung hat ihre Chance, den Investitionsstau in Deutschland zu lösen und das Land mit den genehmigten Krediten zukunftsfest zu machen, bisher nicht genutzt. Sie sollte sich 2026 an ihr Versprechen der Zusätzlichkeit erinnern und die Ausgaben konsequent auf Infrastruktur und Klimaneutralität ausrichten. Dafür braucht es auch schnellere Verfahren in der öffentlichen Verwaltung, damit alle Mittel rechtzeitig abgerufen werden können.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist schlechter

Arbeitszeit. Beschäftigte, die Vertrauensarbeitszeit nutzen können, sind zufriedener mit ihrer Arbeitszeit als diejenigen, die andere Arbeitszeitmodelle haben. Die Sorge, selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung könnte zu zunehmender Erschöpfung der Beschäftigten führen, ist unbegründet.

Statt Anwesenheitskontrolle mittels Stechuhr setzen Unternehmen vielerorts auf Handlungsspielräume ihrer Beschäftigten bei der Arbeitszeitgestaltung:

In Deutschland gaben im Jahr 2023 – dies sind die neuesten Zahlen – 58 Prozent der Unternehmen mit mindestens fünf Mitarbeitern an, Vertrauensarbeitszeit zu praktizieren.

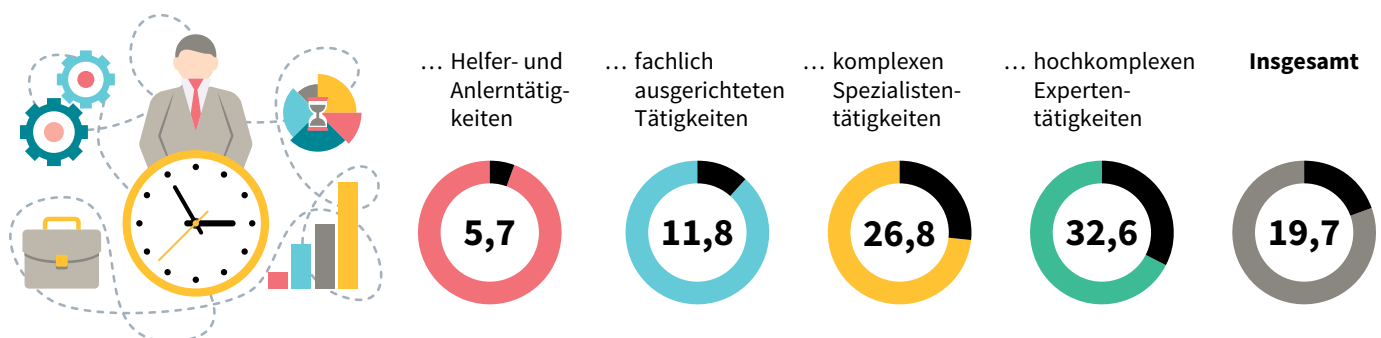
Fünf Jahre zuvor bot dies mit 48 Prozent erst knapp die Hälfte der Unternehmen an. Angetrieben wurde die Ausweitung der Vertrauensarbeitszeit durch die Coronapandemie, da in dieser Zeit auch die Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten deutlich ausgeweitet wurden. Zeit- und ortsflexibles Arbeiten wurde in vielen Firmen noch wichtiger und dafür braucht es ein gutes Vertrau-

ensverhältnis zwischen Arbeitgebern und ihren Beschäftigten.

Doch was genau ist Vertrauensarbeitszeit? Im Folgenden wird darunter ein Arbeitszeitmodell verstanden, bei dem drei Bedingungen erfüllt sein müssen: Erstens haben Beschäftigte einen hohen Einfluss auf den Beginn und das Ende ihrer Arbeitstage, zweitens gibt der Arbeitgeber weder feste Zeiten

Ein Fünftel der Beschäftigten hat Vertrauensarbeitszeit

So viel Prozent der Beschäftigten mit ... in Deutschland arbeiteten im Jahr 2023 mit Vertrauensarbeitszeit



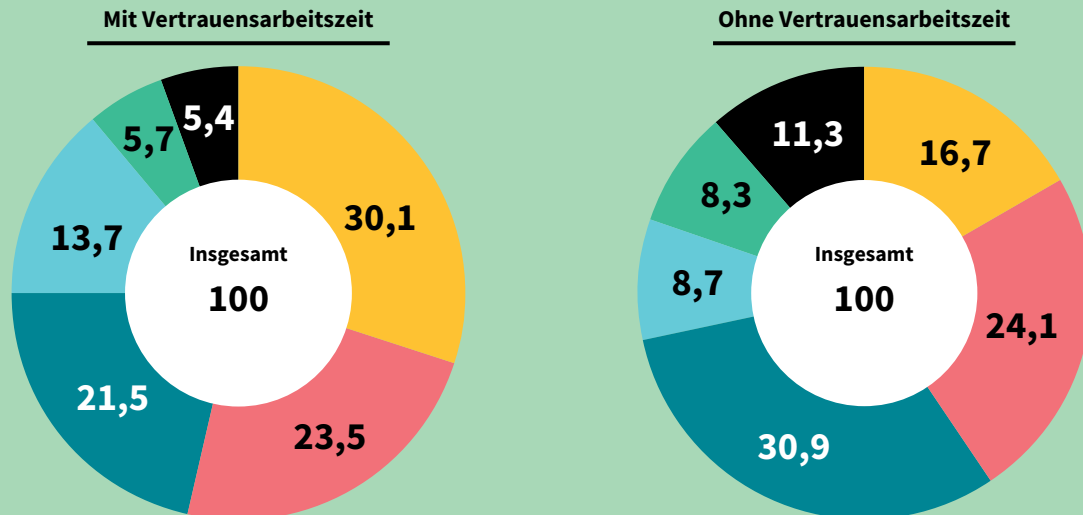
Befragung von 9.876 abhängig Beschäftigten zwischen 15 und 65 Jahren, die mindestens zehn Wochenstunden arbeiten
Vertrauensarbeitszeit: Die Beschäftigten haben einen hohen Einfluss auf den Beginn und das Ende ihrer Arbeitszeit, beides wird zudem nicht vom Arbeitgeber fest vorgegeben und die tägliche Arbeitszeit wird nicht oder vom Beschäftigten selbst erfasst und dokumentiert

Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Vertrauensarbeitszeit: Eine Frage der Branche

So viel Prozent der Beschäftigten mit bzw. ohne Vertrauensarbeitszeit arbeiteten im Jahr 2023 in diesen Branchen

■ Sonstige Dienstleistungen ■ Industrie ■ Öffentlicher Dienst ■ Andere Bereiche/Privathaushalt ■ Handel ■ Handwerk



Befragung von 9.876 abhängig Beschäftigten zwischen 15 und 65 Jahren, die mindestens zehn Wochenstunden arbeiten
 Vertrauensarbeitszeit: Die Beschäftigten haben einen hohen Einfluss auf den Beginn und das Ende ihrer Arbeitszeit, beides wird zudem nicht vom Arbeitgeber fest vorgegeben und die tägliche Arbeitszeit wird nicht oder vom Beschäftigten selbst erfasst und dokumentiert
 Sonstige Dienstleistungen: z. B. Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Informationsdienstleistungen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2026 IW Medien / iwd

iwd

für den Arbeitsbeginn noch für das Arbeitsende vor und drittens erfassen die Beschäftigten ihre tägliche Arbeitszeit selbst oder sie wird gar nicht dokumentiert.

Das IW hat nun zu diesem Thema eine Befragung ausgewertet, die die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin unter fast 10.000 abhängig Beschäftigten durchgeführt hat. Das Ergebnis (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2023 arbeiteten in Deutschland annähernd 20 Prozent der Beschäftigten in einem Arbeitsmodell mit Vertrauensarbeitszeit.

Dabei ist Vertrauensarbeitszeit verbreiteter unter Beschäftigten, deren Tätigkeiten sehr komplex sind. So kann mehr als jeder vierte Spezialist und jeder dritte Experte mit hochkomplexen Tätigkeiten seine Arbeitszeit selbst gestalten, während dies nur auf knapp 12 Prozent der Beschäftigten, die einer

fachlich ausgerichteten Tätigkeit nachgehen, zutrifft. Helferjobs gehen in der Regel nicht mit Vertrauensarbeitszeiten einher.

Das Anforderungsniveau der Tätigkeit entscheidet also darüber, wie wahrscheinlich die Möglichkeit für Vertrauensarbeitszeit ist. Zudem finden sich Vertrauensarbeitszeitmodelle vergleichsweise selten im Handwerk oder im öffentlichen Dienst. Beschäftigte mit Vertrauensarbeitszeit arbeiten dafür überproportional häufig in sonstigen Dienstleistungen, zu denen beispielsweise die Finanzdienstleistungen oder die Informations- und Kommunikationstechnologiebranche gehören (Grafik).

Beschäftigte mit Vertrauensarbeitszeit sind im Schnitt zufriedener mit ihrer Arbeitszeit und mit dem Zusammenspiel von Arbeits- und Privatleben als Beschäftigte, die

keine Vertrauensarbeitszeit haben. Wer einem Job mit Vertrauensarbeitszeit nachgeht, entwickelt zudem häufiger Ideen, um Probleme aus eigener Kraft zu lösen, und geht mit beruflichen Schwierigkeiten gelassener um.

Obwohl mehr als 14 Prozent der Beschäftigten mit Vertrauensarbeitszeit länger als 48 Stunden je Woche arbeiten – unter den Beschäftigten ohne Vertrauensarbeitszeit sind es rund 9 Prozent –, kommen chronische Erschöpfungszustände sowie Überforderungsgefühle bei ihnen seltener vor als bei Erwerbstätigen mit anderen Arbeitszeitmodellen.

IW-Report 9/2026

Andrea Hammermann, Oliver Stettes:
 Vertrauensarbeitszeit und Qualität der Arbeit –
 Eine empirische Analyse selbstbestimmter
 Arbeitszeitgestaltung

Technik braucht Schule

Bildung. Immer weniger Schulabgänger entscheiden sich für ein technisches Studium – dabei ist die deutsche Industrie auf entsprechende Fachkräfte angewiesen. Die Wurzel des Problems: Technikunterricht spielt in den Schulen meist kaum eine Rolle.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung beruht zu einem wesentlichen Teil auf der hiesigen Industrie. Ob Maschinenbau, Automobilbranche oder Metall- und Elektro-Industrie: Die verschiedenen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes zeichnen sich durch große Innovationskraft aus und sichern so die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Die Branchen leben davon, dass gut ausgebildete Ingenieure und technische Fachkräfte mit frischen Ideen auf dem Arbeitsmarkt nachrücken. Doch der Nachwuchs wird knapper:

Zwischen den Wintersemestern 2013/2014 und 2023/2024 ist die Zahl der inländischen Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften um fast 40 Prozent gesunken.

In den für die technische Produktentwicklung besonders relevanten Fächern Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik betrug das Minus sogar 52 Prozent.

Dass sich immer weniger junge Menschen aus dem Inland in einem ingenieurwissenschaftlichen Fach einschreiben, dürfte zu großen Teilen daran liegen, dass solche Themen im Unterricht oft viel zu kurz kommen – wer in der Schule kaum mit Technik in Berührung kommt, entscheidet sich später eher nicht für ein Studium in diesem Bereich.

Vor allem an Gymnasien ist Technikunterricht selten: Ein entsprechendes eigenständiges Fach ist bislang in keinem Bundesland verpflichtend, Mischfächer mit Technikanteilen wie „Technik/Computer“ in Sachsen oder „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ in Brandenburg und Bremen sind kaum verbreitet, technische Wahlfächer die Ausnahme statt der Regel. Vermeintlich technikorientierte Fächer wie „Natur und Technik“ in Bayern oder „Mensch-Natur-Technik“ in Thüringen enthalten in ihrem Lehrplan zudem kaum technische Unterrichtsinhalte, die über das hinausgehen, was auch bei einem rein naturwissenschaftlichen Unterricht zu erwarten wäre.

Etwas besser sieht es im nicht gymnasialen Bereich aus. So ist der Technikunterricht in zwölf Bundesländern an allen anderen Schulformen in der Sekundarstufe eins verpflichtend, in Bayern und Nordrhein-Westfalen an allen außer den Realschulen. Vollständig verzichten nur Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf Pflichtunterricht in Technik. Darüber hinaus bieten die meisten nicht gymnasialen Schulen flächendeckend Technik als Wahlpflichtfach an.

Insgesamt gesehen setzt ein ostdeutsches Bundesland am stärksten auf technische Unterrichtsinhalte (Grafik):

Im Schnitt erhalten Schüler in Thüringen im Verlauf ihres Besuchs

einer nicht gymnasialen Schule nahezu acht Wochenstunden Technikunterricht.

Auf die insgesamt acht Wochenstunden kommt ein Schüler zum Beispiel, wenn er in vier Jahrgangsstufen jeweils zwei Schulstunden pro Woche Technikunterricht erhielt.

Rechnet man die Gymnasien hinzu, relativiert sich das Ganze aber schon etwas – Thüringen bleibt zwar Spitzenreiter, kommt über alle Schüler hinweg allerdings nur noch auf insgesamt rund fünf Wochenstunden. Der traurige Gesamtbefund:

In gleich zehn Bundesländern gibt es im Schnitt insgesamt weniger als drei Wochenstunden Technikunterricht, im gymnasialen Bereich kommen nur vier Bundesländer auf einen Wert von mehr als einer Wochenstunde während der gesamten Schullaufbahn.

Dass gerade die jungen Menschen, die später zur Bildungselite im Land gehören sollen, in ihrer Schulzeit meist keinen oder nur sehr wenig Technikunterricht erhalten, ist für eine Nation wie Deutschland, deren Wohlstand auf Technik basiert, ein Armutszeugnis. Das scheint auch die Bevölkerung so zu sehen:

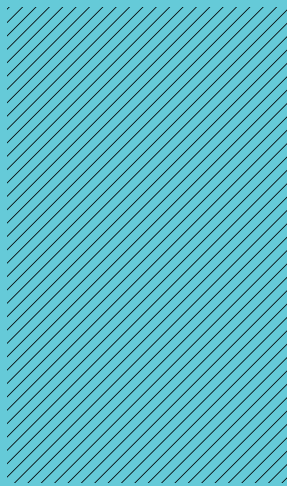
Im Sommer 2025 waren in der IW-Personenbefragung gut drei Viertel der Erwachsenen dafür, Technikinhalte im Schulunterricht der Sekundarstufe eins zu stärken – nur knapp 3 Prozent waren dagegen.

Kaum Technikunterricht an Gymnasien

So viele Wochenstunden Technikunterricht erhalten Schüler im Durchschnitt insgesamt während ihres Besuchs der allgemeinbildenden Schulen

Lesebeispiel: Bei zwei Wochenstunden erhielt ein Schüler zum Beispiel in nur einer Jahrgangsstufe zwei Schulstunden pro Woche oder in zwei Jahrgangsstufen jeweils eine Schulstunde pro Woche Technikunterricht

- Gymnasien
- Nicht gymnasiale Schulen



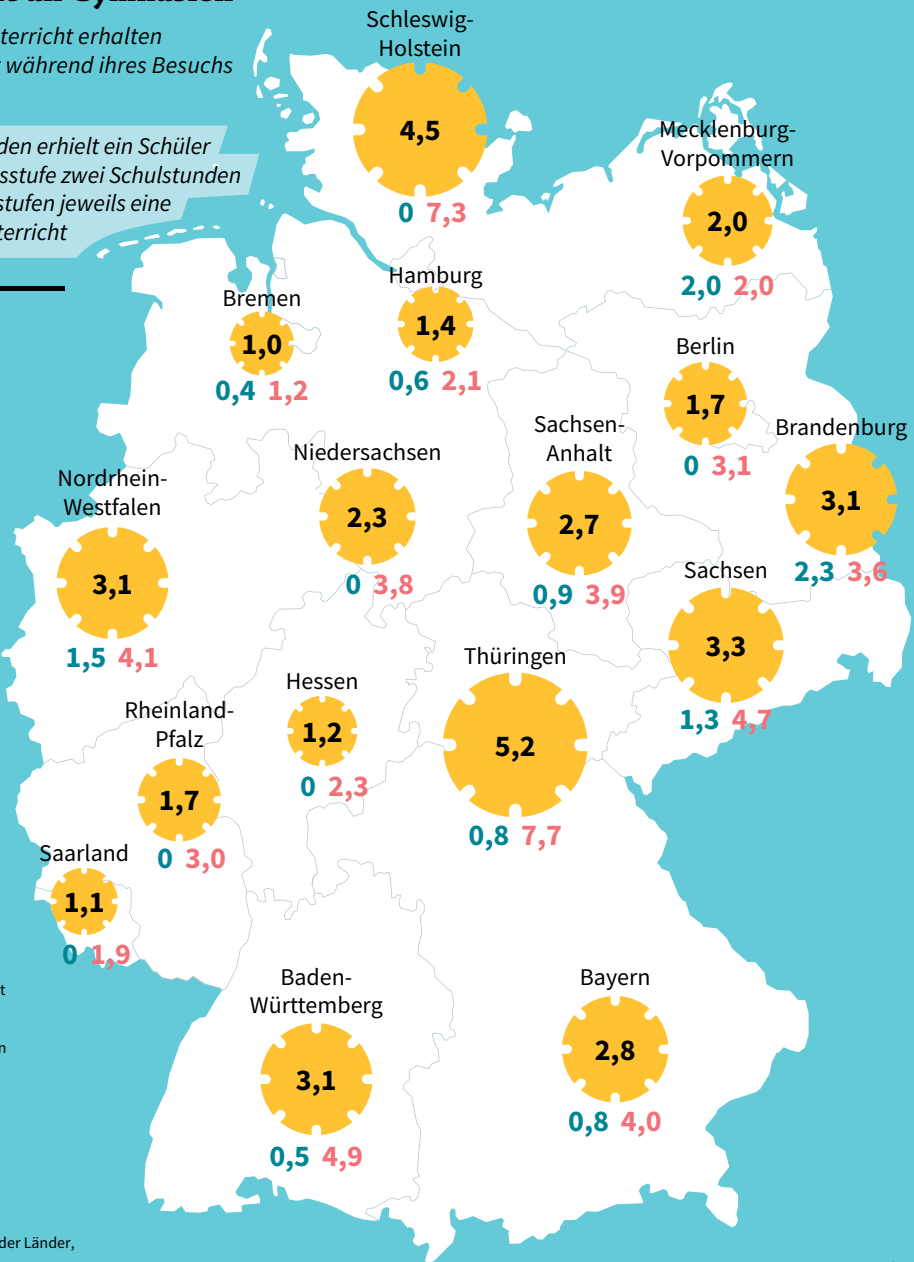
Technikunterricht: Unterricht in einem Schulfach mit „Technik“ im Namen oder einem klaren Fokus im Bereich Technik (zum Beispiel Arbeitslehre). Mischfächer wie „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ werden mit den aus den Lehrplänen geschätzten Anteilen des Bereichs Technik gewichtet;

Wahlpflichtfächer sind gewichtet berücksichtigt;

Berlin und Brandenburg: einschließlich fünfter und sechster Klassen der Grundschulen;

nicht gymnasiale Schulen: unter anderem Haupt-, Real- und Gesamtschulen

Quellen: Schulordnungen, Lehr- und Bildungspläne der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd



Grundsätzlich sollte Technik deswegen an allen allgemeinbildenden Schulen in Deutschland bis zum Ende der Sekundarstufe eins ein eigenständiges Pflichtfach mit einem Umfang von mindestens drei bis vier Wochenstunden sein – ein Ziel, das in der Praxis allerdings kurz- bis mittelfristig nicht zu erreichen sein dürfte. Vor allem an Gymnasien fehlt es derzeit noch an entsprechend ausgebildeten Lehrkräften, viele

müssten erst entsprechende Studiengänge absolvieren oder zusätzliche Qualifikationen aufbauen.

Deshalb sind zunächst kleine Schritte nötig. Ein erster wäre, Technik stärker als Wahlpflicht- oder Wahlfach in der Mittelstufe und der gymnasialen Oberstufe zu etablieren – so könnten die Schulen das Unterrichtsangebot anfangs nach den bereits verfügbaren, fertig ausgebildeten Technik-Lehrkräften

ausrichten. Parallel dazu sollten die Länder vor allem in der Unter- und Mittelstufe echte technische Inhalte stärker in ihren Lehrplänen zu den naturwissenschaftlichen Fächern integrieren.

Gutachten

Wido Geis-Thöne: Technikunterricht an den allgemeinbildenden Schulen in Deutschland

Schwere Bürde

Unternehmensteuern. Der deutsche Staat belastet die hiesige Wirtschaft mit hohen Steuern und Abgaben – und schwächt so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dies gilt nicht nur mit Blick auf die Körperschaftsteuer, sondern auch bei der für Personengesellschaften und Einzelunternehmer maßgeblichen Einkommensteuer.

Ein funktionierender Staat ist nicht kostenfrei zu haben – Steuern und Abgaben sind nötig, um das Gemeinwesen finanzieren zu können. Der Fiskus darf es allerdings auch nicht übertreiben – belastet er beispielsweise die Unternehmen zu stark, schrumpft ihr Spielraum für notwendige Investitionen. Das wiederum verringert auf Dauer die internationale Wettbewerbsfähigkeit, was das Wirtschaftswachstum schwächt und damit letztlich auch die Steuereinnahmen verringert.

Eine einfache Antwort auf die Frage „Wie viel Steuern sind zu viel?“ gibt es nicht. Ein aktuelles Gutachten des IW zeigt allerdings, dass die Steuerbelastung der Wirtschaft in Deutschland in mehrfacher Hinsicht im internationalen Vergleich sehr hoch ist:

Besteuerung von Kapitalgesellschaften. Unternehmen in Form einer Kapitalgesellschaft müssen in Deutschland neben Körperschaftsteuer auch Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag zahlen. Das summiert sich (Grafik):

Kapitalgesellschaften in Deutschland mussten 2024 laut Steuertarif gut 30 Prozent ihres Gewinns an den Staat abführen – das war im OECD-Vergleich der dritthöchste Wert.

Damit stehen hiesige Firmen deutlich schlechter da als etwa ihre Konkurrenten in der Schweiz, Österreich, den USA, den Niederlanden und Frankreich. Betrachtet man den effektiven Steuersatz, der auch Abschreibungen und steuerliche Vergünstigungen berücksichtigt, schneidet Deutschland mit Rang sieben von 38 OECD-Staaten nicht viel besser ab.

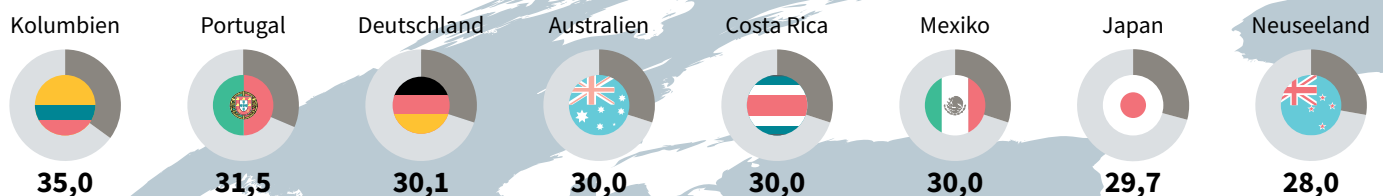
Während andere Länder die Steuersätze für Kapitalgesellschaften in den vergangenen Jahren gesenkt haben, ist hierzulande vor allem die Belastung mit Gewerbesteuer gestiegen. Gegensteuern will die Bundesregierung erst ab 2028 – dann soll die Körperschaftsteuer bis 2032 von 15 auf 10 Prozent sinken.

Einkommensteuer. Personengesellschaften und Einzelunternehmer werden vom deutschen Staat über die Einkommensteuer belastet. Weil die Steuersätze in den vergangenen 20 Jahren nicht verändert wurden und die Anpassung der Tarifzonen seit 2016 lediglich die Inflation ausgleicht, fallen inzwischen – einschließlich der privaten Haushalte – mehr als vier Millionen Steuerzahler unter den Spitzensteuersatz von 42 Prozent.

Wer aber von jedem zusätzlich verdienten Euro fast die Hälfte an den Fiskus abführen muss, hat wenig

Kapitalgesellschaften in Deutschland hoch besteuert

Tarifliche Steuersätze für Kapitalgesellschaften im Jahr 2024 in den OECD-Ländern mit den höchsten bzw. niedrigsten Steuersätzen in Prozent des Gewinns



Steuersätze: in Deutschland vor allem Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

Anreiz, als Unternehmer zu investieren oder als Beschäftigter mehr zu arbeiten. Dieses Problem ist in Deutschland so groß wie fast nirgendwo sonst, wie der Blick auf den sogenannten Steuer- und Abgabenkeil im OECD-Vergleich zeigt – beispielhaft gerechnet für einen alleinstehenden Steuerzahler mit durchschnittlichem Verdienst (Grafik):

Einkommensteuern und Sozialbeiträge machten in Deutschland im Jahr 2024 fast 48 Prozent der gesamten Arbeitskosten aus – nur in Belgien war der Anteil noch höher.

Im Nachbarland Schweiz beispielsweise flossen gerade mal knapp 23 Prozent der Arbeitskosten in Form von Steuern und Sozialabgaben an den Staat, im Vereinigten Königreich waren es gut 29 und in den USA rund 30 Prozent.

Solidaritätszuschlag. Für die meisten Arbeitnehmer ist der Soli seit der Reform im Jahr 2020 kein Thema mehr. Für viele einkommensteuerpflichtige Personengesellschaften und Einzelunternehmer ist der Zuschlag allerdings nach wie vor relevant, weil sie mit ihren Einkünften oftmals die Grenze von zu versteuernden 75.000 Euro pro Jahr überschreiten.

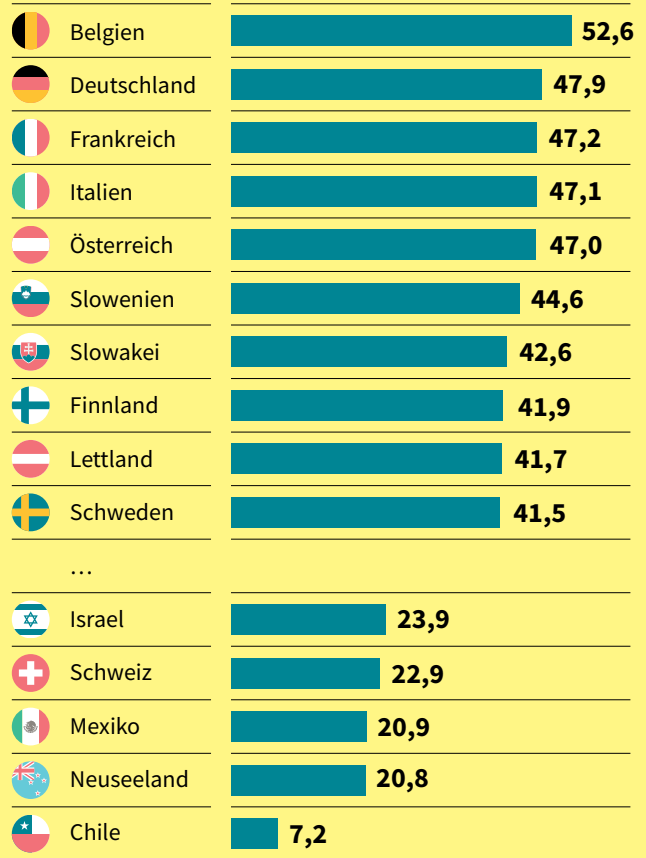
Die Kapitalgesellschaften bittet der Staat ohnehin unverändert zur Kasse – sie müssen auf die Körperschaftsteuer durchweg zusätzlich 5,5 Prozent Soli entrichten. Dies entspricht einer Gewinnbelastung von 0,8 Prozent. Damit trifft der Solidaritätszuschlag nicht nur Unternehmen mit hohen Umsätzen, sondern beispielsweise auch kleine Handwerksbetriebe, wenn sie als Kapitalgesellschaft geführt werden.

Insgesamt tragen Unternehmen inzwischen schätzungsweise 57 Prozent des jährlichen Soli-Aufkommens von etwa 13 Milliarden Euro.

Angesichts dieser Belastung wäre es zielführend, wenn die Bundesregierung den Solidaritätszuschlag endgültig abschaffen und den Betrieben damit mehr finanziellen Spielraum gewähren würde.

Arbeiten für den Staat

So viel Prozent der Arbeitskosten flossen im Jahr 2024 durchschnittlich in Form von Einkommensteuern und Sozialbeiträgen an den Staat, in den OECD-Ländern mit der höchsten bzw. niedrigsten Steuerbelastung

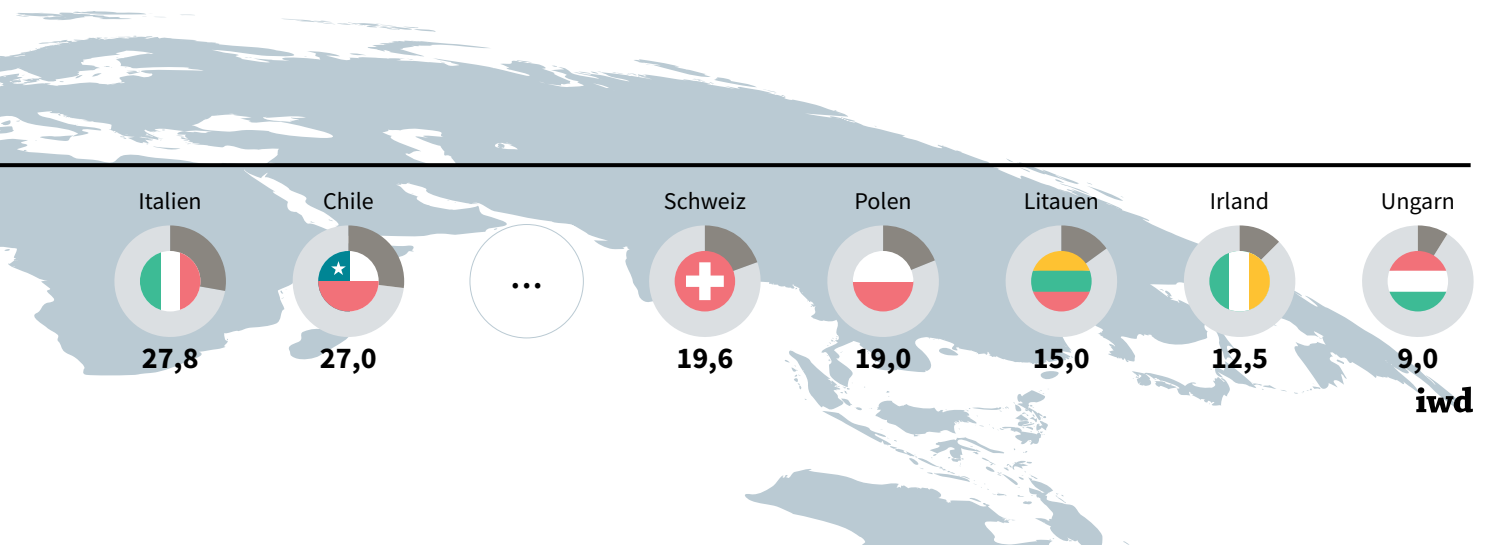


Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten

Tobias Hentze, Björn Kauder: Die Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen und zeitlichen Vergleich, Gutachten im Auftrag der INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



iwd

Strategische Ansprache

Gesellschaft. *Unternehmenschefs haben sich im vergangenen Jahr häufiger als je zuvor gegen die AfD positioniert und dabei die Risiken für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Wirtschaft betont. Welche Wirkung solche Äußerungen auf die Anhänger der Rechtsaußen-Partei haben und welche Schlüsse sich daraus für die Unternehmenskommunikation ziehen lassen, zeigt eine IW-Analyse.*

Die Stimme der Wirtschaft ist in Deutschland traditionell auch zu Gesellschaftsthemen in der Öffentlichkeit zu vernehmen. Mit verallgemeinerbaren Aussagen zu Parteien oder sogar Wahlempfehlungen haben sich die Unternehmenslenker in der Vergangenheit allerdings sehr zurückgehalten. Mit dem Erstarken der AfD hat sich das deutlich geändert. Im vergangenen Jahr positionierten sich Geschäftsführer diverser Unternehmen gegen die Rechtsaußen-Partei und warnten vor den Folgen einer AfD-Politik für das eigene Unternehmen, den Wirtschaftsstandort Deutschland und die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Um zu erfassen, inwieweit solche öffentlichen Äußerungen von der Bevölkerung akzeptiert werden, hat das Institut der deutschen Wirtschaft eine repräsentative Befragung durchgeführt. Eine erste Erkenntnis (Grafik):

Dass sich Geschäftsführer zu gesellschaftspolitischen Themen öffentlich äußern, hält eine Mehrheit der Menschen in Deutschland für legitim.

Die meiste Zustimmung gibt es von Wählern der Union und der Grünen. Aber auch unter AfD-Anhängern befürwortet mehr als die Hälfte öffentliche Äußerungen der Unternehmensführer zu gesellschaftspolitischen Themen.

Ganz anders sieht es allerdings aus, wenn konkrete Äußerungen eines Geschäftsführers bewertet werden. So schätzen nur gut 20 Prozent der AfD-Anhänger Kritik an ihrer Partei seitens der Wirtschaft als legitim ein. Gleichzeitig führt öffentliche Kritik an der AfD vonseiten der Unternehmensvertreter nicht dazu, dass sich die Parteigänger von ihr abwenden. Teilweise lassen sich sogar Backlash-Effekte nachweisen:

Werden AfD-Sympathisanten mit der AfD-Kritik von Geschäftsführern konfrontiert, sinkt das Vertrauen in das entsprechende Unternehmen.

Zudem verstärkt sich in Teilen die Nähe zwischen Partei und Anhängerschaft – und das unabhängig davon, wie die Kritik der Geschäftsführer an der Partei formuliert ist.

Der Einfluss der Unternehmenschefs auf die politische Überzeugung

ist demnach vor allem in Bezug auf die Rechtsaußen-Partei begrenzt. Allerdings soll das nicht bedeuten, dass die Stimmen der Wirtschaftsvertreter überflüssig oder entbehrlich sind – generell können Unternehmen durchaus wirksam für die liberale Demokratie eintreten. Aus der IW-Studie lassen sich dabei drei Handlungsempfehlungen für die Chefetagen ableiten:

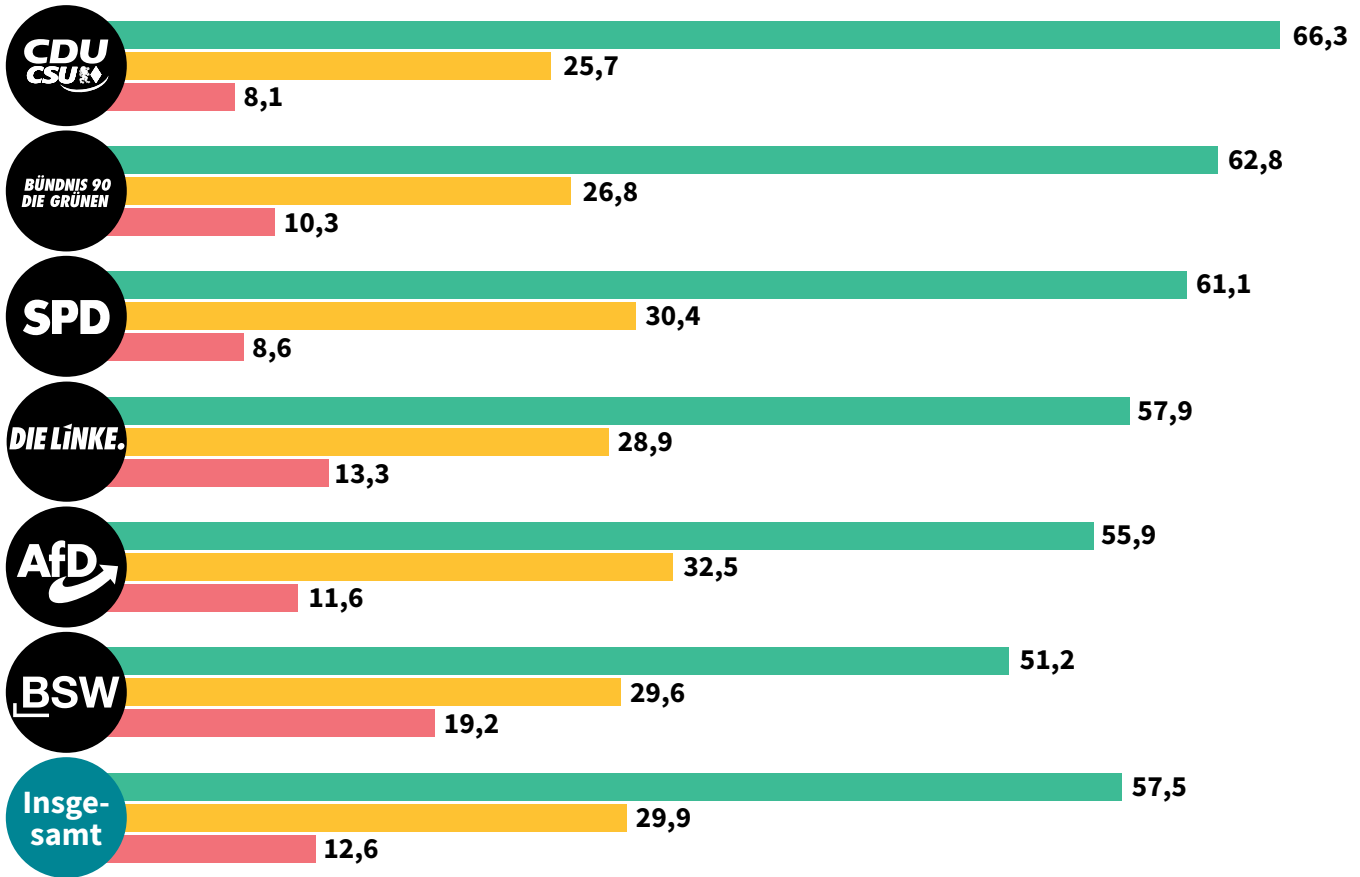
Portfolio. Für die Unternehmer muss es weniger darum gehen, einzelne Stellungnahmen kommunikativ zu optimieren, sondern vielmehr darum, ein konsistentes, langfristig angelegtes Engagement-Portfolio zu entwickeln. Dies kann sowohl direktes Handeln wie gemeinsam erarbeitete öffentliche Stellungnahmen als auch indirektes Engagement wie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen umfassen.

Werte. Politisches Engagement sollte im Unternehmenskontext nicht primär eine situative Intervention sein oder ausschließlich mit einer Person der Führungsriege in Verbindung stehen. Effektiver ist es, einen klaren Wertekompass für das eigene

Gesellschaftspolitik: Die meisten befürworten die Stimme aus der Wirtschaft

So viel Prozent der Anhänger dieser Partei halten es für legitim, dass sich Geschäftsführer zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen in der Öffentlichkeit äußern

Eher bis völlig legitim Teils, teils Eher nicht bis überhaupt nicht legitim



Befragung von 5.293 Bundesbürgern im Juni und Juli 2025
Quellen: Bilendi & respondi, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Unternehmen festzulegen. Ein Bekenntnis zur liberalen Demokratie und zu grundlegenden Menschenrechten sollte darin verankert sein.

Tonalität. In der liberalen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft sind Unternehmen nicht nur berechtigt, sondern auch aufgerufen, staatliches Handeln

konstruktiv zu begleiten, kritisch zu hinterfragen und fundierte Vorschläge zur Verbesserung der Politik einzubringen. Wichtig ist dabei, auf Zuspitzungen zu verzichten und einen sachlichen Ton anzuschlagen, um nicht ungewollt zur Polarisierung beizutragen. Ziel muss es sein, wahrgenommenen Reformbedarf

klar zu benennen, ohne demokratische Institutionen oder Akteure pauschal infrage zu stellen.

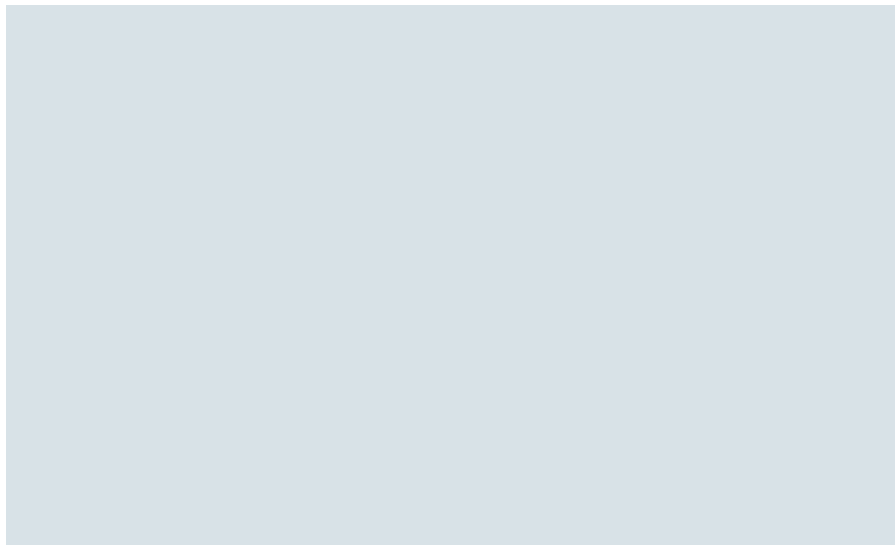
IW-Policy Paper 3/2026
Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Benedikt D. S. Kapteina, Markus Scholz: CEO-Aktivismus zum Schutz der liberalen Demokratie

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

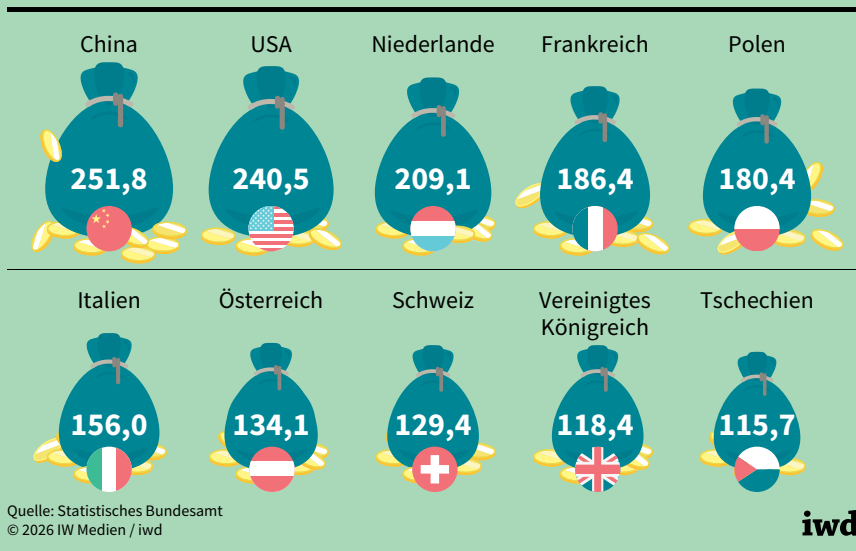


Top-Liste: Die Außenhandelsriesen

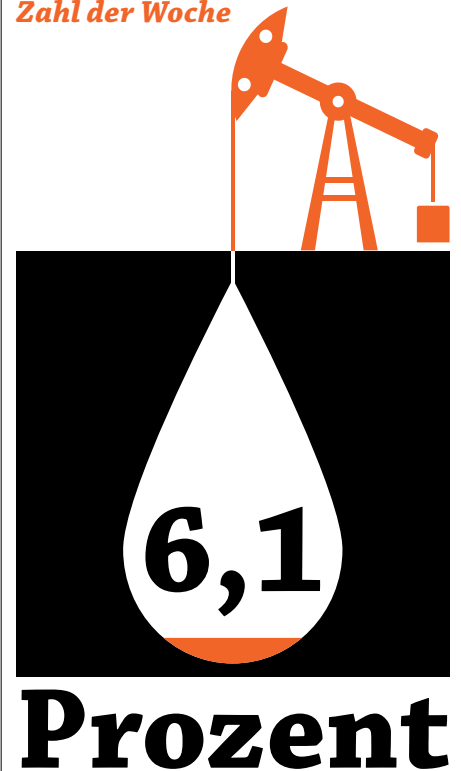
Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland weltweit Waren im Wert von 1.563 Milliarden Euro, alle Importe waren zusammen knapp 1.363 Milliarden Euro wert. Wichtigster Handelspartner war mit einem Außenhandelsumsatz von annähernd 252 Milliarden Euro China, das diese Position bereits zwischen 2016 bis 2023 innehatte. Mit den USA – im Jahr 2024 noch der größte Handelspartner Deutschlands – kam 2025 ein Außenhandelsumsatz von annähernd 241 Milliarden Euro zustande. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der größte Abnehmer deutscher Exportgüter, allerdings sanken die Ausfuhren dorthin aufgrund der Zollpolitik von Donald Trump im Jahr 2025 um 9,4 Prozent auf gut 146 Milliarden Euro. Bei den Einfuhren nach Deutschland dominieren chinesische Produkte: Die Importe aus China hatten 2025 einen Wert von knapp 180 Milliarden Euro, fast 9 Prozent mehr als 2024.

Deutschlands wichtigste Handelspartner

Mit diesen Ländern erzielte Deutschland im Jahr 2025 die höchsten Außenhandelsumsätze (Summe der Warenexporte und -importe) in Milliarden Euro



Zahl der Woche



des im Jahr 2025 nach Deutschland eingeführten Rohöls stammten aus dem Nahen Osten, genauer gesagt aus dem Irak, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Israel. Insgesamt importierte Deutschland 2025 fast 76 Millionen Tonnen Rohöl. Der größte Lieferant war Norwegen mit 12,5 Millionen Tonnen Rohöl, was einem Einfuhranteil von 16,6 Prozent entspricht. Auf Platz zwei kamen die USA, die 2025 mit 12,4 Millionen Tonnen nur unwesentlich weniger Öl an Deutschland verkauften als Norwegen. Drittgrößtes Lieferland war Libyen mit 10,4 Millionen Tonnen Rohöl, gefolgt von Kasachstan (10,3 Millionen Tonnen) und dem Vereinigten Königreich (8,7 Millionen Tonnen). Einen starken Anstieg gab es beim sechstwichtigsten Lieferland Guyana: Im Jahr 2020 stammten erst 100.000 Tonnen Öl aus dem südamerikanischen Land, 2025 waren es bereits 4,2 Millionen Tonnen – fast so viel wie aus den Ländern des Nahen Ostens.